Datenschutzinformation – Information zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Rahmen von Meldungen an die interne Meldestelle zum Hinweisgeberschutzgesetz

Stand: 15.11.2023

I. Informationen über die Verarbeitung Ihrer Daten gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

1. Kontaktdaten

Verantwortlich für die Verarbeitung ist die Kunsthochschule für Medien Köln, eine vom Land NRW getragene, rechtfähige Körperschaft des Öffentlichen Rechts. Sie wird durch den Rektor vertreten.

1.1. Kontaktdaten

Kunsthochschule für Medien Köln Peter-Welter-Platz 2 D-50676 Köln Telefon +49 221 201 89 - 0 https://www.khm.de

1.2. Kontaktdaten der behördlichen Datenschutzbeauftragten

Die Kunst- und Musikhochschulen in NRW haben eine gemeinsame behördliche Datenschutzbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen bestellt, die Sie wie folgt erreichen können:

Folkwang Universität der Künste Behördliche Datenschutzbeauftragte Klemensborn 39 45239 Essen

Tel: +49 2014903-0

Email: behoerdlicher-datenschutz@folkwang-uni.de

2. Verarbeitete personenbezogenen Daten und Zwecke

Im Rahmen der Bearbeitung von Meldungen an die interne Meldestelle werden folgende personenbezogene Datenarten von Ihnen zu folgenden Zwecken erhoben und verarbeitet:

- Ihren Namen, sofern Sie diesen offenlegen,
- Ihre Kontaktdaten (Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, sofern Sie diese offenlegen,
- Ggf. ob Sie bei der Kunsthochschule für Medien Köln beschäftigt sind,
- Ggf. personenbezogene Daten von Betroffenen, die Sie in Ihrer Meldung benennen.

Das Hinweisgebersystem dient dazu, Hinweise von (mutmaßlichen) Gesetzesverstößen auf einem sicheren und vertraulichen Weg entgegenzunehmen und zu bearbeiten. Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten dient der Aufdeckung und Prävention von Missständen und der damit verbundenen Abwendung von Schäden und Haftungsrisiken für die Kunsthochschule für Medien Köln. Betrifft ein eingegangener Hinweis eine beschäftigte Person der Hochschule, dient die Verarbeitung zudem der Verhinderung von Straftaten oder sonstigen Rechtsverstößen, die im Zusammenhang mit dem Beschäftigtenverhältnis stehen (§ 18 Abs. 1 DSG NRW).

3. Rechtsgrundlagen

Die interne Meldestelle der Hochschule hat personenbezogenen Daten von Ihnen erhoben, da Sie eine Meldung im Sinn des Hinweisgeberschutzgesetzes eingereicht haben, die personenbezogenen Daten von Ihnen enthielt. Infolge dieser Meldung ist die interne

Meldestelle befugt (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e DSGVO i.V.m. § 10 HinSchG), personenbezogene Daten auch von Ihnen zu verarbeiten, soweit dies zur Prüfung der Meldung und der Ergreifung von Folgemaßnahmen (§ 18 HinSchG) erforderlich ist. Die Verarbeitung dient dabei ausschließlich der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben.

4. Datenübermittlung

Ihre personenbezogenen Daten, die von der Hochschule für die unter Abschnitt 2. genannten Zwecke verarbeitet werden, übermitteln wir grundsätzlich nicht an Dritte.

In Einzelfällen kann eine Datenübermittlung an Dritte auf Grundlage einer gesetzlichen Erlaubnis erfolgen, zum Beispiel eine Übermittlung an Strafverfolgungsbehörden zur Aufklärung von Straftaten im Rahmen der Regelungen der Strafprozessordnung (StPO).

Sofern technische Dienstleister Zugang zu personenbezogenen Daten erhalten, geschieht dies auf Grundlage eines Vertrages gemäß Art. 28 DSGVO.

Es werden grundsätzlich keine personenbezogenen Daten in Länder außerhalb des europäischen Wirtschaftsraums und assoziierter Länder übermittelt (kein Drittlandtransfer). Sofern dies erforderlich sein sollte, informieren wir Sie gesondert.

5. Dauer der Verarbeitung / Datenlöschung

Personenbezogene Daten werden so lange aufbewahrt, wie es die Aufklärung und abschließende Beurteilung des Hinweises und darauf basierenden Verfahrens erfordern, dies aufgrund eines Gesetzes oder zur Erfüllung anderer Rechtsvorschriften erforderlich ist. Nach Ablauf dieser Zwecke und Erfordernisse werden diese Daten entsprechend den gesetzlichen Vorgaben (insbes. § 11 Abs. 5 HinSchG) gelöscht.

6. Ihre Rechte als betroffene Person

Sie können als betroffene Person jederzeit die Ihnen durch die DSGVO gewährten Rechte geltend machen:

- das Recht auf Auskunft, ob und welche Daten von Ihnen verarbeitet werden (Art. 15 DSGVO),
- das Recht, die Berichtigung oder Vervollständigung der Sie betreffenden Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO),
- das Recht auf Löschung der Sie betreffenden Daten nach Maßgabe des Art. 17 DSGVO,
- das Recht, nach Maßgabe des Art. 18 DSGVO eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten zu verlangen,
- das Recht, eine erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen (für die Zukunft ab dem Zeitpunkt des Widerrufs). Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird dadurch nicht berührt (Art. 7 Abs. 3 DSGVO).
- das Recht auf Widerspruch gegen eine künftige Verarbeitung der Sie betreffenden Daten nach Maßgabe des Art. 21 DSGVO.

Sie haben über die genannten Rechte hinaus das Recht, eine Beschwerde bei einer datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörde einzureichen (Art. 77 DSGVO). Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist die

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen Kavalleriestraße 2-4 40213 Düsseldorf

Telefon: 0211 38424-0 E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de Internet: https://www.ldi.nrw.de

7. Gültigkeit dieser Datenschutzinformation

Wir behalten uns das Recht vor, diese Datenschutzinformation abzuändern, um sie gegebenenfalls an Änderungen relevanter Gesetze bzw. Vorschriften anzupassen oder Ihren Bedürfnissen besser gerecht zu werden. Diese Datenschutzinformation gilt in der jeweils zuletzt durch die Hochschule veröffentlichten Fassung.

II. Recht auf Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die aufgrund von Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.